

Name, Vorname, ggf. Geburtsname	Tel.-Nr.
Geburtsdatum und Geburtsort, -staat	Mobil
Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl und Ort)	E-Mail

Landkreis Aurich
 Amt für Bürgerdienste, Ordnung und Sicherheit
 - Einbürgerungsbehörde -
 Fischteichweg 7-13
 26603 Aurich

Antrag auf Einbürgerung

1. Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller

Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> verwitwet		
ggf. Datum und Ort der Eheschließung/Verpartnerung		
Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	von	bis
aufgelöst durch <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/Lebenspartners	

2. Angaben zur Ehegattin/zum Ehegatten/zur Lebenspartnerin/zum Lebenspartner

Miteinbürgerung: Ja Nein

Familienname	Vorname(n), ggf. Geburtsname
Geburtsdatum und Geburtsort, -staat	
Staatsangehörigkeit(en)	

3. Miteinbürgerung von Kindern

(Hier sind alle minderjährigen Kinder einzutragen, die mit eingebürgert werden sollen):

Familienname	Vorname(n)	männlich	weiblich	divers	Geburtsdatum und -ort	Staatsangehörigkeit(en)	Im Haushalt lebend?	
							Ja	Nein
							Ja	Nein
							Ja	Nein
							Ja	Nein

Nur auszufüllen bei minderjährigen Antragstellern bzw. mit einzubürgernden Kindern:

a) Das Sorgerecht liegt bei der Mutter dem Vater den Eltern gemeinsam

b) Das Sorgerecht beruht auf:

4. Status der Antragstellerin/des Antragstellers

Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)		durch Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, usw.
nicht belegt	belegt durch:	gültig bis:
Besonderer Status, z.B. Asylberechtigte/er, ausländischer Flüchtling		
Frühere Staatsangehörigkeit(en)		Verlustgrund
Asylantrag		
gestellt		abgelehnt

5. Aufenthalt (Hier bitte Auslandsaufenthalte und Inlandsaufenthalte angeben.)

von	bis	in
GEBURT		

6. Aktuelle Aufenthaltstitel

Niederlassungserlaubnis

Aufenthaltserlaubnis gemäß

§

gültig bis

andere Aufenthaltstitel/-rechte

7. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache

Ja, belegt durch

Nein (dies kann zur Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages führen)

Gründe:

8. Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland

Ja, belegt durch

Nein (dies kann zur Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages führen)

Gründe:

9. Eltern der Antragstellerin/des Antragstellers Leibliche Eltern Adoptiveltern

Vater:

Mutter:

Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname	Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnname	Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnname
Geburtsdatum, -ort, -staat	Geburtsdatum, -ort, -staat
Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt
Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt Ihrer Geburt

11. Straftaten im In- und Ausland (Anzugeben sind auch Strafbefehle sowie Verurteilungen, die nicht in ein Führungszeugnis nach dem Bundeszentralregistergesetz aufzunehmen sind.)

Ja Nein

Datum	Tatbestand	Strafmaß	Gericht/Behörde

Anhängige Ermittlungsverfahren im In- und Ausland (Fortsetzung bitte aus gesondertem Blatt)

Wann	Gericht/Behörde

12. Mehrstaatigkeit

Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG) ist ab dem 27. Juni 2024 eine Einbürgerung unter Hinnahme der bisherigen Staatsangehörigkeit möglich. Mir ist bekannt, dass es möglich sein könnte, dass durch die Einbürgerung in Deutschland nach dem Recht des anderen Staates meine bisherige Staatsangehörigkeit verloren geht. Ich werde mich entsprechend bei meinem bisherigen Staat diesbezüglich erkundigen.

13. Sonstiges

Als Antragstellerin/Antragsteller versichere ich, dass ein Antrag auf Einbürgerung

bisher noch nicht gestellt wurde.

am bei folgender Behörde:

Ich beantrage die deutsche Staatsangehörigkeit.

Ort, Datum Unterschrift(en) der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers

Ich/wir beantrage(n)

die Einbürgerung des unter Nr. 1 genannten Kindes

die Miteinbürgerung des/der unter Nr. 3 genannten Kindes/Kinder

Ort, Datum Unterschrift Vater Unterschrift Mutter

Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.

Ort, Datum Unterschrift Sachbearbeiter

Erklärung zum Einbürgerungsantrag

Familiename, Vorname(n)	Geburtsdatum, und –ort
-------------------------	------------------------

1. Ich bin über die allgemeinen Voraussetzungen einer Einbürgerung informiert worden.
2. Über meine Verpflichtung zur Mitwirkung am Einbürgerungsverfahren bin ich ebenfalls unterrichtet worden. Die für die Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Angaben werden von mir vollständig gemacht und mit geeigneten Nachweisen belegt. Dazu gehören insbesondere die Loyalitätserklärung und die Offenbarung von Verurteilungen wegen Straftaten und über strafrechtliche Ermittlungsverfahren im In- und Ausland. **Die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben und der zu ihrem Nachweis beigefügten Unterlagen wird von mir ausdrücklich versichert.** Ich werde die mir zurückgegebenen Originalunterlagen bis zum Abschluss des Verfahrens aufbewahren. **Sämtliche Änderungen in meinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die sich im Laufe des Einbürgerungsverfahrens ergeben, und jede Änderung meiner Adresse werde ich unverzüglich schriftlich mitteilen.**
3. Mir ist bekannt, dass falsche oder unvollständige Angaben oder das Verwenden von falschen oder verfälschten Unterlagen zur Ablehnung des Einbürgerungsantrages und zur strafrechtlichen Verfolgung führen können. Mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erschleichen (§ 42 Staatsangehörigkeitsgesetz). Sofern dies erst später entdeckt werden sollte, kann dies zur Rücknahme der Einbürgerung führen.
4. Mir ist bekannt, dass meine Einbürgerung für die Dauer von 10 Jahren ausgeschlossen ist, wenn meine Einbürgerung nach § 35 StAG unanfechtbar zurückgenommen worden ist (siehe Punkt 3) oder im Einbürgerungsverfahren festgestellt wird, dass ich, um für mich oder einen anderen eine Einbürgerung zu erwirken, arglistig getäuscht, gedroht oder bestochen habe oder unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen der Einbürgerung gemacht oder benutzt habe. (Sperrfrist nach § 35a StAG)
5. Mir ist auch bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrags Kosten erhoben werden. Die Verwaltungsgebühr beträgt derzeit 255 Euro pro Person; werden minderjährige Kinder mit einem sorgeberechtigten Elternteil eingebürgert, beträgt die Einbürgerungsgebühr pro Kind 51 Euro, ob eine Gebührenermäßigung in Betracht kommt, kann auf Antrag geprüft werden. Auch die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags ist grundsätzlich kostenpflichtig. Die Verwaltungsgebühr wird mit Beginn der Bearbeitung des Antrages bei der Einbürgerungsbehörde fällig.

Ort, Datum

Unterschrift

Unterrichtung über die Verarbeitung personenbezogener Daten im Einbürgerungsverfahren

Um die Voraussetzungen für Ihre Einbürgerung prüfen zu können, werden personenbezogene Daten benötigt, die bei anderen Behörden vorhanden sind.

In allen Fällen werden Auskünfte bei der Ausländerbehörde eingeholt, bei der Polizei und dem Bundeszentralregister ab dem 14. Lebensjahr, bei dem Landesamt für Verfassungsschutz ab dem 16. Lebensjahr. Es handelt sich dabei um Erkenntnisse über Straf- und Ermittlungsverfahren, über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen und das Vorliegen von aufenthaltsrechtlichen Ausweisungsgründen. Bei der Ausländerbehörde werden darüber hinaus Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlagen Ihres Inlandaufenthaltes erhoben.

Zur Einholung dieser Informationen ist die Einbürgerungsbehörde gesetzlich ermächtigt. Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind. Hiervon macht die Behörde nur Gebrauch, wenn und soweit es im Einzelfall nötig ist. In Betracht kommen Auskünfte über Wohnungsanmeldungen, zur Geschäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung, zu Strafverfahren und Eintragungen im Schuldnerverzeichnis bei den zuständigen Behörden und Gerichten.

Für die Antragsbearbeitung sind weiter Auskünfte der Agentur für Arbeit bzw. der für die Leistungsgewährung zuständigen kommunalen Träger, der Sozialbehörden oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen erforderlich. Außerdem wird bei den Finanzbehörden um Auskunft über Ihre Einkommensverhältnisse einschließlich etwaiger Steuerverfahren erbeten.

Mit Ihrer Auslandsvertretung darf im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens Kontakt aufgenommen werden. Ihre personenbezogenen Daten werden für das Einbürgerungsverfahren in einer automatisierten Datei gespeichert. Diese Datei wird ausschließlich verwaltungsintern zur elektronischen Bearbeitung des Antrags benutzt.

Mit Ihrer Unterschrift willigen Sie hiermit ein.

Ort, Datum

Unterschrift

Informationsblatt zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Familiename, Vorname(n)	Geburtsdatum, und –ort
-------------------------	------------------------

I. Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreterinnen und Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der die Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die Wertvorstellungen des Grundgesetzes zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie
- Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition sowie
- den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker.

Nähere Erläuterungen hierzu finden Sie auf den nächsten Seiten.

II. Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtherrschaft und ihren Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges

Das Grundgesetz und die ihm zugrunde liegende Werte können als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden. Im Gegensatz zur Demokratie und der in Deutschland geltenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist der Totalitarismus eine politische Herrschaft, die die uneingeschränkte Verfügung über die Beherrschten – das Staatsvolk – und ihre völlige Unterwerfung unter ein politisches Ziel verlangt.

Das deutsche Volk hat seine Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Eine Wiederholung des unter der nationalsozialistischen Unrechtherrschaft ergangenen Unrechts soll ein für alle Mal ausgeschlossen werden. So sind alle Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und verfassungswidrig.

Die Anerkennung des friedlichen Zusammenlebens der Völker sowie die aus der Vergangenheit gezogenen Lehren, erfordern vor allem die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

III. Feierliches Bekenntnis

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss regelmäßig das folgende feierliche Bekenntnis abgegeben werden:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Dieses in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind; auch dem will dieses Merkblatt dienen.

4. Fragen

Richten Sie bitte vertrauensvoll an die für Sie zuständige Einbürgerungsbehörde.

Ich bestätige, dass ich dieses Merkblatt zur Kenntnis genommen habe.

Ort, Datum Unterschrift

Ich habe dazu keine Fragen.

Ort, Datum Unterschrift

Ich habe Fragen und bitte um ein Gespräch.

Ort, Datum Unterschrift

Nähere Erläuterungen zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

1. Demokratie

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen z. B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Handlungen und Äußerungen, die antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgen, sind mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (vgl. oben unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

9. Gedanke der Völkerverständigung, insbesondere das friedliche Zusammenleben der Völker

Der Gedanke der Völkerverständigung sowie das friedliche Zusammenleben der Völker ist darauf ausgerichtet, den Frieden zwischen den einzelnen Völkern und Staaten zu wahren. Dies umfasst auch die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel. Es widerspricht dem Gedanken der Völkerverständigung Gewalt in das Verhältnis von Völkern hineinzutragen und dadurch das friedliche Miteinander der Menschen zu beeinträchtigen, insbesondere durch bewaffnete Auseinandersetzungen und die Führung eines Angriffskrieges.

Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen, mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.

Ich bekenne mich außerdem

- zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
- zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskriegs.

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem obigen Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin. Das Merkblatt wurde mir ausgehändigt.

Ort, Datum

Unterschrift

Bearbeitungsvermerk der Einbürgerungsbehörde

Der Einbürgerungsbewerber konnte im Gespräch mit dem Sachbearbeiter die Grundsätze der FDGO erläutern.

Ort, Datum

Unterschrift

Loyalitätserklärung

Familiename, Vorname(n)	Geburtsdatum, und -ort
-------------------------	------------------------

1. Inhalt und Bedeutung der Loyalitätserklärung

1.1 Keine Einbürgerung bei extremistischen Bestrebungen!

Wer extremistische Bestrebungen selbst verfolgt oder derartige Aktivitäten Anderer unterstützt, kann nicht eingebürgert werden. Dies gilt auch, wenn die Verfolgung oder Unterstützung zeitlich zurückliegt, es sei denn, es kann eine Abwendung von der Bestrebung glaubhaft gemacht werden.

1.2 Bedeutung der Loyalitätserklärung

Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen dient der Ermittlung des Sachverhalts, der der Bearbeitung meines Einbürgerungsantrags zugrunde gelegt wird. Ich bin verpflichtet, wahrheitsgemäße und vollständige Angaben zu machen; sie werden gegebenenfalls dem Landesamt für Verfassungsschutz übermittelt. Falls ich mich in einer Art und Weise betätigt haben sollte, bei der ich nicht sicher bin, ob ich damit extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, teile ich dies ebenfalls mit und kennzeichne die Information als zweifelhaft.

Mir ist bekannt, dass vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben zur Ablehnung meines Antrags, für den Fall einer bereits vollzogenen Einbürgerung zur Prüfung einer Rücknahme meiner Einbürgerung führen werden und dass sie darüber hinaus mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind. Ich habe daher meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen mit äußerster Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet und gebe sie in diesem Sinne ab.

1.3 Den Inhalt und die Bedeutung der Erklärung zu extremistischen Bestrebungen einschließlich des Merkblatts habe ich verstanden. Ich gebe auf dieser Grundlage die folgende Erklärung ab; für mich trifft die Variante zu,

- 1.3.1 dass ich **keine** extremistischen Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 2.1**)
- 1.3.2 dass ich früher derartige Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe, mich aber **inzwischen abgewandt** habe (**weiter mit Nr. 2.2**)
- 1.3.3 dass ich **Zweifel** habe, ob ich extremistische Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe (**weiter mit Nr. 2.3**)

2. Meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen

2.1 Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.1)

Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

- gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben oder
- durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum

Unterschrift

2.2 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.2)

Ich erkläre, dass ich vom bis

extremistische Bestrebungen verfolgt oder unterstützt habe. Es handelt sich dabei um folgende Aktivitäten:¹

Ich erkläre weiter, dass ich mich hiervon seit gelöst habe;

zur Glaubhaftmachung meiner Abwendung gebe ich Folgendes an und überreiche dazu folgende Belege:¹

¹ Gegebenenfalls gesondertes Blatt anfügen

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum Unterschrift

2.3 Zweifel an der Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen (zu Nr. 1.3.3)

Ich habe folgende Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder verfolge oder unterstütze sie noch immer, bei denen ich nicht sicher bin, ob es sich um extremistische Bestrebungen handelt:¹

Ich bestätige, dass ich Gelegenheit hatte, Fragen zu stellen, dass ich das Merkblatt sowie Inhalt und Bedeutung dieser Erklärung verstanden habe; ich versichere, dass ich meine Erklärung zu extremistischen Bestrebungen hiermit nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß und vollständig abgebe.

Ort, Datum Unterschrift

3. Bearbeitungsvermerk der Einbürgerungsbehörde

Die Antragstellerin/Der Antragsteller hatte Gelegenheit, Fragen zu stellen.

 Fragen sind nicht gestellt worden.

 Fragen sind gestellt und beantwortet worden.

Die vorstehende Erklärung ist

 in meiner Gegenwart von der/dem Antragsteller/in unterzeichnet worden.

 schriftlich eingereicht worden.

Bemerkungen:¹

Ort, Datum Unterschrift

¹ gegebenenfalls gesondertes Blatt einfügen

Dem Einbürgerungsantrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

(als beglaubigte Kopie oder im Original)

- | | |
|---|--|
| gültiger Nationalpass/Ausweis | elektronischer Aufenthaltstitel |
| abgelaufener Nationalpass | |
| Geburtsurkunde ggf. mit begl. Übersetzung
<u>und</u> Legalisation (sh. Infoblatt) | |
| Familienregistrauszug ggf. mit Übersetzung | |
| Heiratsurkunde | Ausweis des deutschen Ehepartners |
| Arbeitsvertrag | Verdienstnachweise der letzten 3 Monate
bei Selbstständigen > Bescheinigung Steuerberater |
| Nachweise über die berufliche Tätigkeit der letzten 24 Monate (Arbeitsvertrag, Arbeitszeugnisse) | |
| Ausbildungsvertrag/Immatrikulationsbescheinigung | |
| Bescheid vom Jobcenter, Agentur für Arbeit, Wohngeldstelle (falls vorhanden) | |
| Rentenversicherungsverlauf der gesetzlichen Rentenversicherung oder Nachweis einer gleichwertigen Alterssicherung | |
| Den Rentenversicherungsverlauf können Sie unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800-100048010 oder unter https://www.eservice-drv.de/SelfServiceWeb/ beantragen. | |
| Nachweis über Deutschkenntnisse, z.B. Schulabschlusszeugnis, Nachweis über abgeschlossene Berufsausbildung in Deutschland, Nachweis über den Besuch eines Deutschkurses, etc.
(B1 oder höher) | |
| Nachweis Einbürgerungstest/Test „Leben in Deutschland“ | |
| Meldebestätigung der Stadt/Gemeindeverwaltung über die letzten 8 Jahre in der BRD | |

Von den Kindern: (sofern eine Miteinbürgerung gewünscht ist)

- | | |
|--|--|
| gültiger Nationalpass/Ausweis der Kinder | Geburtsurkunde ggf. mit begl. Übersetzung
<u>und</u> Legalisation (sh. Infoblatt) |
| Geburtsurkunden der Kinder | |
| Schulzeugnisse von 4 Schuljahren | aktuelle Schulbescheinigung |
| Schulabschlusszeugnis | Ausbildungsvertrag |